Initiative für mehr direkte Demokratie PF 21, 1108 Wien Bankverbindung: Erste Bank BLZ 20 111 Kto 04665066 www.direktedemokratie.at vb@direktedemokratie.at



Nr. 10

Informationen der Initiative für mehr direkte Demokratie

Sehr geehrte Leserinnen und Leser!

Die Mitarbeiter der Initiative für mehr direkte Demokratie kommen aus den unterschiedlichsten Berufen. Was wir alle gemeinsam haben, ist das ehrenamtliche Bemühen, unsere bürgerlichen Rechte zurückzuerobern. Wir haben erkannt, dass wir in eine Diktatur schlittern; wir haben erkannt, dass wir unseren Politikern nicht mehr trauen können, auch wenn ihre Worte noch so schön klingen; wir haben erkannt, dass
die heutige Art des Wirtschaftens nicht mehr den Menschen zu einem besseren und einfacheren Leben verhilft, statt dessen wird sie für viele eine Bedrohung; wir sehen, dass das Konzept der immerwährenden
Neutralität, das in der Geschichte entwickelt wurde, um zu einer Friedenspolitik zu gelangen und den
Frieden zu erhalten, auf brutale und infame Weise den Menschen genommen wird, weil Machtpolitik
betrieben wird; wir haben erkannt, dass man damit die Menschen zu Untertanen degradiert und sie
ausbeutet!

Wir anerkennen nicht, dass man uns das Recht auf politische Freiheit nimmt, wir bekennen uns zur Demokratie, und mit Ihrer Hilfe, liebe Leser und liebe Leserinnen, müssen wir zumindest den Versuch wagen, sie anzuwenden und eines ihrer Elemente unterstützen, nämlich ein Volksbegehren, welches zum Ziel hat, sich von dem Moloch dieser unseligen Europäischen Union zu befreien, an der die USA großes Interesse hat. Wir wissen, dass eine andere Politik möglich ist und wir wollen nicht warten, bis wieder Opfer zu beklagen sind, und unsere Kinder nicht mehr wissen, wie man ein würdiges Miteinander lebt, in einem Staat, der sie schützt und in dem das Recht vom Volk ausgeht. Wir wollen uns später nicht sagen lassen müssen, warum habt ihr nichts getan, habt ihr nicht gewusst?

Volksentscheide mit Informationsausgewogenheit

Hans Peter Aubauer

Einleitung

Die indirekte Parteiendemokratie gerät auch in Österreich in den destruktiven Einfluss der Medien, in die Abhängigkeit von Lobbys und auch deswegen immer mehr außer Kontrolle, vor allem weil das kontrollierende Korrektiv des Souveräns, des Volkes, zunehmend ausgeschaltet wird. Die Volksvertreter vertreten nicht mehr die Interessen des Volkes, kennen sie gar nicht, interessieren sich nicht für sie, finden sie eher störend und haben die Einflussmöglichkeit des Volkes auf die Politik insbesondere durch den Souveränitätsabbau zugunsten der Europäischen Union undemokratisch zurück gedrängt. Undemokratisch, weil es grundsätzlich keine demokratische Möglichkeit geben kann, die Demokratie einzuschränken oder gar abzuschaffen! Ganz entsprechend der indirekt demokratischen Möglichkeit die Ausübung der Souveränität durch Regierende in wiederkehrenden Wahlen zu überprüfen, müsste zumindest auch die EU-Mitgliedschaft Österreichs regelmäßig evaluiert werden. Das Volk müsste nach einer ausgewogenen Diskussion gefragt werden, ob es mehrheitlich mit der bisherigen Mitgliedschaft so einverstanden ist, dass sie fortgesetzt werden soll.

Zunehmend wird dagegen bequem indirekt demokratisch über die Köpfe der Menschen und gegen ihre mehrheitlichen Interessen entschieden, wodurch die Menschen je nach Temperament in die Resignation, in das Aufbegehren oder bestenfalls in das Desinteresse getrieben werden – ganz im Interesse der Machthaber. Weil die Orientierung am Volks-

willen durch die stabilisierende Rückkoppelung der Bevölkerung zwischen den Wahlgängen fehlt, ist das Machtviereck aus Parteien, Medien, Lobbys und der Europäischen Union instabil. Es droht in unbeherrschbare Konflikte, in die Unregierbarkeit und damit in die Versuchung abzugleiten die letzten demokratischen Elemente zu beseitigen und sie durch polizeistaatliche zu ersetzen. So entstehen Diktaturen. Formal existiert in Österreich das

Sponsoringpost Nr. 02Z034563 S Verlagspostamt 1108 Wien Bürgerbrief S. 2 Nr. 10 / Dezember 2010

Volksbegehren. Von den Bürgern mühevoll erarbeitete Volksbegehrensergebnisse bleiben aber auch dann ohne Wirkung, wenn sie beachtlich sind. Formal gibt es auch eine Volksabstimmung. Das österreichische Volk wurde aber bei der we-Abstimmung sentlichsten seinen EU-Beitritt im Jahr 1994 durch eine Propagandakampagne irregeführt. Zu weiteren drastischen Einschränkungen der österreichischen Souveränität, etwa durch den Lissabon Vertrag wurde die Bevölkerung gar nicht mehr gefragt. Formal gibt es das Bürgerbegehren der EU. Es demonstriert aber nur die Überheblichkeit gegenüber den Bevölkerungen. Faktisch bietet die Politik der Bevölkerung keinerlei direkt demokratische Kontrollmöglichkeiten.

Die auf die Politik übermächtig hereinbrechenden Herausforderungen eine sozial verträgliche Reduktion der Belastung der Natur auf ihre Belastungsgrenze - der Ausstieg aus globalen Ressourcenverteilungskämpfen - die nationale Bewältigung des weltweiten Bevölkerungs-, Konsum- und Kapitalzuwachses - die Rettung des eigenen Entscheidungsspielraumes bei gleichzeitig wachsendem Globalisierungsdruck - diese Herausforderungen sind jedenfalls nur mit einer "direkt demokratisch kontrollierten indirekten Demokratie" zu bewältigen, also einer indirekten Demokratie zusammen mit Volksentscheiden, vor denen ausreichend und ausgewogen diskutiert sowie informiert wird: Volksentscheide weitgehend nach Schweizer Vorbild und die vorbereitenden Diskussionen etwa nach dem Vorbild der "Regierungskampagne Kernenergie" vor der Volksabstimmung im Jahr 1978 und durchaus nach dem Vorbild der gerade stattfindenden öffentlichen Diskussionen um das Projekt Stuttgart 21. Nur erwähnen möchte ich hier den Vorschlag einer "liquid democracy"1, die die neuen elektronischen Kommunikationsmöglichkeiten zu einer Mischform von indirekter und direkter Demokratie nutzt.

Zu den Volksentscheiden

Erstens - durchaus entsprechend der Schweizer Bundesverfassung sollte geregelt werden, welche Art von Gesetzen, Staatsverträgen und anderen Sachfragen zwingend einer Volksabstimmung (einem obligatorischen Referendum) unterstehen (z. B. Verfassungsänderungen, Einschränkungen der Souveränität oder der Neutralität, ausländische Kampfeinsätze).

Zweitens - die übrigen Gesetze sollen einem fakultativen Referendum unterliegen, d.h. innerhalb von drei Monaten nach der Verabschiedung eines Gesetzes oder einer Gesetzesänderung durch das Parlament können 50.000 Stimmberechtigte mit ihrer Unterschrift eine Volksabstimmung verlangen, in der sie der Verabschiedung oder Änderung zustimmen oder sie verwerfen.

Drittens - in Anlehnung an das Instrument der Schweizer Volkinitiative sollten Volksbegehren ohne inhaltliche Einschränkung (auch über die Änderung der Verfassung oder von Staatsverträgen), die von mindestens 100.000 Stimmberechtigten unterschrieben werden, innerhalb einer geeigneten Frist nach Einreichung der Unterschriften einer Volksabstimmung unterzogen werden, deren Mehrheits-Ergebnis bindend ist.

Zur Informationsausgewogenheit vor Volksentscheiden

Es geht schlicht darum als Norm einzuführen, wozu die Politik bisher als direkt demokratischer Ausweg aus indirekt demokratischen Sackgassen gezwungen wurde: Ausführliche, gegenüber den Kontrahenten chancengleiche, tief in Sachdetails gehende, ergebnisoffene Diskussionen (u. a. mit der "Nulloption" bei Bauprojekten) in aller Öffentlichkeit unter Ausnützung der elektronischen Möglichkeiten wie des Internets. Die

Medien werden dabei gesetzlich verpflichtet, den Befürwortern und Gegnern (unabhängig von ihrer Finanzausstattung) gleiche Möglichkeiten zu geben, sich an die Öffentlichkeit zu wenden. Ganz in Übereinstimmung mit der dem Gemeinwohl verpflichteten Pressefreiheit können sie entweder nichts berichten oder auch völlig einseitige Berichte bringen, solange sie der Gegenmeinung ebenso viel Argumentationsraum einräumen. Vor der Kernkraft-Volksabstimmung im Jahr 1978 gab es genau diese ausgewogene Berichterstattung. Die Politik sah sich zum öffentlichen Gespräch über die Inbetriebnahme eines schlüsselfertigen Kernkraftwerkes gezwungen, genau wie gerade jetzt im Stuttgarter Rathaus über die Fortsetzung des vier Milliarden Euro Bahnprojektes Stuttgart 21. Gezwungen, weil das Zwentendorfer Kernkraftwerk und der Stuttgarter Bahnhofsumbau indirekt demokratisch ohne direkte Zustimmung der Bevölkerung beschlossen wurden und der so provozierte Bevölkerungswiderstand das Gespräch zwischen den Kontrahenten zusammen mit ihren Fachleuten ertrotzte. Das Milliarden Euro teure sieben Schweizer Bahnprojekt des St. Gotthard Tunnels wurde dagegen schon vor seiner Inangriffnahme geeignet diskutiert und in zwei Volksabstimmungen 1992 und 1994 direkt demokratisch von der Bevölkerung beschlossen. Konfliktlos und zum offensichtlichen Allgemeinwohl der Schweiz, aber auch Österreichs ist es inzwischen in Fertigstellung.

Eine chancengleiche Diskussion vor Volksentscheiden entkräftet die Kritik an der direkten Demokratie

Das wesentliche Argument gegen die direkte Demokratie ist die angeblich mangelnde Qualifikation der Bevölkerung. Sie könne keine komplizierten Entscheidungen treffen. Schon die Schweizer Erfahrungen zeigen aber das genaue Gegenteil. Erst in einer gründlichen, kontroversen und

¹ http://liqd.net/

Nr. 10 / Dezember 2010 Bürgerbrief S. 3

öffentlichen Diskussion, in der alle Meinungen, Interessen, aber auch der ganze verfügbare akademische Sachverstand vertreten ist, entsteht das Wissen über die Lösung komplexer Fragestellungen, die der gegenwärtigen, aber auch zukünftigen Bevölkerungsmehrheit dient. Sachverständige der einen Seite werden öffentlich der Kritik von Fachkollegen der anderen Seite ausgesetzt, die die Bevölkerung in das Gespräch einbringt. Professoren oder Ingenieure werden zu einer verständlichen und überzeugenden Sprache gezwungen, Die Dominanz der Entscheidungen immer derselben wenigen protegierten Professoren im stillen Kämmerlein über die Meinungsbildung der Abgeordneten verschwindet – Abgeordnete, nachweisbar den Inhalt dessen kaum kennen, über das sie entscheiden. Oft habe ich öffentliche Dispute erlebt, in denen Hausfrauen ihre professoralen Gesprächspartner gar nicht gut aussehen ließen.

Unsachlichkeiten der öffentlich ausgetragenen Auseinandersetzungen würden die Gesellschaft spalten. Dagegen weichen Polemik und Untergriffe in öffentlichen Auseinandersetzungen zwangsläufig Sachargumenten, weil sie entlarvt werden und ihre Urheber schwächen. Ob es den Befürwortern einer Entscheidung in einer öffentlichen Argumentation gelingt, die Gegner zu überzeugen oder umgekehrt - in beiden Fällen wird das Ergebnis von der Bevölkerungsmehrheit eher akzeptiert, als wenn Bevölkerungsteile, wie in der indirekten Demokratie, von der Mitentscheidung ausgeschlossen werden.

Entsprechend einer weiteren Kritik könne die direkte Demokratie von Populisten und Volksverhetzern missbraucht werden. Schon Hitler habe seine verbrecherischen Beschlüsse wie den Einmarsch in Österreich (1938) durch eine Volksabstimmung legitimieren lassen. Das ist richtig, das österreichische Volk wurde bei seiner Abstimmung aber

durch eine Propagandakampagne irregeführt. Bekanntlich erstrebte der damalige Bundeskanzler Kurt A. J. J. Schuschnigg davor eine demokratischere Volksabstimmung über die Unabhängigkeit Österreichs, welche selbst von den damals illegalen Sozialdemokraten und Kommunisten unterstützt worden wäre. Die Nationalsozialisten vereitelten sie aber. Eine ausgewogene Information und Diskussion vor Volksentscheiden vermeiden das Abgleiten in Irrationalitäten und in die Abhängigkeit von Partikulärinteressen. Ausführliche öffentliche chancengleiche Gegenüberstellungen dienen dagegen gerade dazu einseitigen Hetzern den Boden zu entziehen. Unruhestifter und Lobbyisten haben auf die extrem kleine Anzahl von Menschen, die üblicherweise in der repräsentativen Demokratie entscheiden, einen viel größeren Einfluss, als auf eine breite öffentliche Kontroverse. So ist etwa auch keine direkt demokratische Einführung der Todesstrafe zu befürchten. Die Schweiz lebt seit über 150 Jahren mit direkter Demokratie und noch nie wurde über die Todesstrafe abgestimmt. Eine "Eidgenössische Volksinitiative "zur Rettung unserer Jugend: Wiedereinführung der Todesstrafe für Personen die mit Drogen handeln"" scheiterte 1985 bereits im Sammelstadium.

Kritisiert wurde die Schweizer Volksabstimmung "Gegen den Bau von Minaretten" vom 29. November 2009. Da sie kein Menschenrecht verletzt, ist sie ein gelungener Versuch sich gegen die Aushöhlung des Nationalstaates durch die außernationale Globalisierung zu wehren. Natürlich können auch direkt demokratische Entscheidungen falsch sein, wie für die Kernenergie in der Schweiz. Weil mehr Sachverstand und mehr von der Entscheidung betroffene Menschen dabei mitwirken, liegt die Fehlerrate direkt demokratischer Entscheidungen aber weit unter der der indirekt demokratischen Entscheidungen.

Volksabstimmungen kosten angeb-

lich übermäßig Zeit und Geld. Dagegen wurde nachgewiesen², dass die direkte Demokratie (mit etwa fünf jährlichen Volksentscheiden) im Vergleich zur rein repräsentativen Demokratie zu politisch und ökonomisch effizienteren Lösungen führt. Die Volksabstimmungen über Budget- und Steuerfragen in der Schweiz bringen z. B. die vorbildliche Ausgabendisziplin. Das Volk passt auf, dass sein mühevoll erarbeitetes Steuergeld nicht verschwendet wird. Und der Vergleich der Bahnprojekte Stuttgart 21 und St. Gotthard zeigt, wie zeit- und kostensparend direkte Demokratie sein kann.

Es existiert einfach keine vernünftige Alternative zur Demokratisierung der Gesellschaft eines Kleinstaates mittels der dargestellten drei informationsausgewogenen Volksentscheide, denen erstens ein Teil der Gesetzes- und Sachentscheidungen verpflichtend unterworfen wird (das obligatorische Referendum), Volksentscheide, die zweitens alle politischen Gesetzeswerdungen mit der Unterstützung von 50.000 Stimmen kontrollieren können (das fakultative Referendum) und drittens bindende Volksabstimmungen über alle Sachfragen, die 100.000 Stimmen initiieren können.

Dieser Vortrag wurde am 11.11.2010 von Univ. Prof. Hans Peter Aubauer im Parlament gehalten.

Impressum / für den Inhalt verantwortlich: Initiative für mehr direkte Demokratie, R.Schramm, PF 21, 1108 Wien

Druck: Riegelnik GmbH, Piaristengasse 17-19 1080 Wien Tel. 405 51 53 E-mail: riegelnik@aon.at Wer drucken lässt, hat etwas mitzuteilen. Ihre Message ist bei uns in guten Händen!

² Kirchgässner Gebhard: "Direkte Demokratie, Steuermoral und Steuerhinterziehung: Erfahrungen aus der Schweiz". Perspektiven der Wirtschaftspolitik Band 8, Heft 1, Seiten 38–64, 22. January 2007. DOI: 10.1111/j.1468-2516.2007.00229.x

Bürgerbrief S. 4 Nr. 10 / Dezember 2010

Die EU wird zur Transferunion

Steuerzahler sollen Verluste bezahlen – und das soll legal sein?

Die Einrichtung und Beteiligung Österreichs an einer Zweckgesellschaft - dem so genannten "Rettungsschirm" der EU - ist mit dem Bail-out-Verbot¹ des Art. 125 des EU-Vertrages über die Arbeitsweise der Union (AEUV) unvereinbar.² Diese finanzpolitische Maßnahme wurde gestützt auf Artikel 122 (AEUV), der aber besagt, dass die Union einem Mitgliedstaat finanziellen Beistand gewähren kann, wenn er etwa aufgrund von Naturkatastrophen oder außergewöhnlichen Ereignissen ernstlich bedroht ist.³ Die Notstandsklausel (Art. 122 AEUV) zur Hilfe im Fall von besonderen Krisen greift nicht, da es sich um selbstverschuldete Finanzkrisen handle, erklärt Professor Karl Albrecht Schachtschneider, der mit vier anderen Professoren Verfassungsbeschwerde gegen die "Griechenlandhilfe" und den "Rettungsschirm" beim deutschen Bundesverfassungsgericht eingelegt hat.⁴ Die Höchstrichter Deutschlands haben darüber noch zu entscheiden.

Angestrebt ist ein Umgehen der "No-Bail-Out-Klausel" des Art. 125 AEUV durch eine Änderung des Art. 122 AEUV durch die Staats- und Regierungschefs der EU. Nach Art. 48 Abs. 6 EUV kann der Europäische Rat nur durch Beschluss den Lissabon-Vertrag ändern. Der Beschluss tritt zwar erst nach Zustimmung der Mitgliedstaaten im Einklang mit ihren jeweiligen verfassungsrechtlichen Vorschriften in Kraft, aber er bedarf keiner Genehmigung des Nationalrats, keiner Ratifikation. So werden Milliardentransfers an die hoch verschuldeten "PIIGS-Länder" legalisiert und künftig wird so ein Beistand ermöglicht, wenn die Stabilität der Währungsunion als Ganzes bedroht ist. So entwickelt sich weiter der Bundesstaat EU, ohne Zustimmung der Mehrheit der Bürger.

Durch diese Änderung des Vertrages wird die Europäische Union eine Haftungs- und Transferunion. Auch die österreichischen Bürgerinnen und Bürger müssen - wenn diese Spirale nicht durchbrochen wird - letztendlich für hunderte Milliarden Schulden anderer Länder aufkommen. Österreichs Beitrag bis dato: 2,3 Milliarden für Griechenland und 12,6 Milliarden für den "Rettungsschirm". Als erstes Land beanspruchte Irland 85 Milliarden, davon zahlt Österreich etwa 800 Millionen Euro. Schon jetzt wird über eine Aufstockung des "Rettungsschirms" diskutiert. Spanien, Portugal und Belgien sind die nächsten "in Not Geratenen": Ein Fass ohne Boden also! Die ohnehin schon exorbitant hohen Schulden, die wir Österreicher haben, werden noch steigen, letztlich zu Lasten der Steuerzahler. In einem globalen Feudalsystem angekommen, wird es immer offensichtlicher, dass die Weltwirtschaft von einer kleinen internationalen Geldaristokratie beherrscht wird.

Holen wir uns die Demokratie wieder zurück! Unterschreiben auch Sie das Volksbegehren für den EU-Austritt, denn dieser wird notwendig sein, wenn wir Rechtsstaatlichkeit nicht als Utopie erscheinen lassen wollen!

- ¹ Danach dürfen weder die Union noch die Mitgliedstaaten für Verbindlichkeiten eines anderen Mitgliedstaats eintreten oder für diese die Haftung übernehmen.
- $^2 http://www.faz.net/s/Rub3ADB8A210E754E748F42960CC7349BDF/Doc~E06A3051636394CFDB91C276CE100A497~ATpl~Ecommon~Scontent.html$
- ³ http://dejure.org/gesetze/AEUV/122.html
- 4 http://www.asm-ev.de/upload/pdfs/Texte/Klage_KAS%20insg_%20endg_vom%2005_07_10.pdf
- ⁵ http://www.wirtschaftsblatt.at/home/international/wirtschaftspolitik/der-eu-rettungsschirm-soll-aufgestockt-werden-448807/index.do

Informationsveranstaltung:

Österreichs Bauern und die EU

Dr. Gernot KUBASTA

vom Unabhängigen Bauernbund

Donnerstag, 16. Dezember um 19 Uhr Grinzing im Heurigen-Restaurant Berger Wien, 19. Bezirk, Himmelstraße 19 Nähe Endstation 38-er Dr. Gernot KUBASTA war viele Jahre NÖ-Landesobmann des Unabhängigen Bauernverbandes, nicht zu verwechseln mit dem ÖVP-Bauernbund. Er wird in seinem Vortrag auf die tatsächliche finanzielle und gesell-schaftliche Lage der Bauern eingehen (dem wichtigsten Bereich jeder Volkswirtschaft), das Thema "Agrarförderungen" der EU beleuchten und die Auswirkungen, die die EU-Mitgliedschaft auf die Möglichkeiten der Bauern zur biologischen Landwirtschaft hat.

Nr. 10 / Dezember 2010 Bürgerbrief S. 5

Was steckt hinter dem Streit um die Länderkompetenzen in Österreich?

In letzter Zeit kommt es immer wieder zu massiven Meinungsverschiedenheiten in Österreich, ob die Bundesländer oder der Bund mehr Kompetenzen haben sollen. Aktuelle Beispiele sind die Zuständigkeiten für die Spitäler oder für die Lehrer.

In den Tageszeitungen wird diese Diskussion oft damit kommentiert, daß der mächtige Landeshauptmann von Niederösterreich, Erwin Pröll, noch mehr Macht an sich raffen möchte. Dabei sei ihm dann sein Neffe, der Finanzminister Josef Pröll, behilflich,

Doch was steckt wirklich hinter der Tendenz, immer mehr Aufgaben vom Bund an die Länder zu übergeben? So wurde vor einigen Jahren die Kompetenz für die Bundesstraßen (sic!) an die Länder übergeben; die Länder dürfen ohne ihre Zustimmung vom Bund nicht mit Mehrausgaben belastet werden oder von den geplanten neuen Steuem 2011 gibt der Bund freiwillig 300 Mio. Euro an die Länder ab.

Um diese Verlagerungen an die Bundesländer zu verstehen, muß man die geplante Struktur der EU betrachten. Derzeit gibt es in der EU fünf Entscheidungsebenen: EU, Nationalstaaten, Bundesländer, Bezirke und Gemeinden. Die Nationalstaaten sind dabei das größte Hindernis für diejenigen, die die EU zu einem Gesamtstaat umformen möchten. Erklärtes Ziel für die Zukunft ist daher, nur mehr drei Entscheidungs-/Verwaltungsebenen zu installieren: EU, Regionen, Gemeinden. Wie wird also die geplante Umgestaltung vorangetrieben? Einerseits muß der Nationalstaat (in Österreich der Bund) immer mehr Kompetenzen an die EU übertragen, andererseits gibt er aber auch Macht an die Bundesländer ab. Damit wird der Staat geschwächt. In nicht so ferner Zukunft werden dann die Spin Doktoren der EU beginnen, den Nationalstaat gänzlich in Frage zu stellen. "Wozu brauchen wir noch den alten Staat? Er hat uns nur Unglück gebracht. Alle Kriege wurden von Nationalstaaten geführt. Der Staat kann sowieso nichts mehr entscheiden, da alle Macht bei Brüssel und den Regionen liegt". So oder so ähnlich wird die Argumentation lauten.

Sind die Staaten Europas dann einmal abgeschafft, können die Bundesländer leicht zu Regionen zusammengefasst werden. Schon heute plädiert die EU für die Schaffung von Metropolitanregionen. So werden dann die Staaten durch völlig neue Regionen ersetzt werden, die mit den heutigen Ländergrenzen nichts mehr zu tun haben. Ein Beispiel wäre die Region Zürich, zu der dann auch Teile Süddeutschlands und Vorarlberg gehören könnten - die EU plant nämlich auch gleich die nicht bei der EU befindliche Schweiz mit ein. Die Region München würde dann sicherlich Tirol und Salzburg inkludieren, die Region Wien sollte auch Brünn oder Bratislava umfassen und die Steiermark und Kärnten könnten mit Slowenien zusammengefasst werden. Auf die gewachsene Identität der Menschen nimmt diese neue Einteilung natürlich keine Rücksicht.

Auf der anderen Seite werden mit dem Argument der Kostensenkung viele Gemeinden zur Zusammenlegung aufgefordert und diese Fusionen auch gleich mit Förderungen attraktiv gemacht. So entstehen Großgemeinden, die dann unsere traditionellen Bezirke unnötig machen. Auch diese Entwicklung nimmt nicht auf die Menschen Rücksicht, die sich gerade in kleinen Gemeinden sehr wohl fühlen. Sie fühlen sich mit ihrem Ort verbunden und sind auch gerne bereit, direkt Verantwortung zu übernehmen, sei es als nebenberuflicher Bürgermeister oder bei der freiwilligen Feuerwehr.

Wir sollten deshalb bei all dem parteipolitischen Geplänkel um die Verantwortung für Spitäler, Lehrer oder Straßen in Österreich nicht vergessen, die langfristige Perspektive im Auge zu behalten. Möchten wir unseren Staat Österreich bewahren, sollten wir der "Verländerung" der Macht eher skeptisch gegenüberstehen.

F. G.

Energieautonomie: Die dauerhafte Chance für eine stabile Regionalwirtschaft

Freitag, 17.Dezember um 19 Uhr Ansfelden bei Linz Gasthof Strauß, Freindorf 20

circa eine halbe Stunde mit Bus ab Bahnhof Linz jede Stunde, Rückfahrt möglich per Sammeltaxi

Wolfgang LÖSER Österreichs erster energieautarker Bauer Wolfgang LÖSER: Die hohen Öl- und Gaspreise des letzten Jahres haben uns drastisch vor Augen geführt, wie abhängig wir in Österreich von den Importen der fossilen Rohstoffe Öl und Gas sind und welche Auswirkungen diese Abhängigkeit mit sich bringt. Wolfgang Löser aus Streitdorf in Niederösterreich zeigt und lebt, wie es anders gehen kann und dass wir nicht machtlos sind. Mit seinem Bauernhof hat er sich völlig energieautark gemacht. Er produziert seinen gesamten Treibstoff- und Strombedarf selbst auf seinem Hof. Er wurde damit zum Betreiber des ersten energie-autarken Bauernhofs in Österreich. Diese Pionierleistung wurde auch mit einer Reihe von Solar- und Umweltpreisen gewürdigt.

Bürgerbrief S. 6 Nr. 10 / Dezember 2010

Geschätzte Leserinnen und Leser!

Die zwar über 200 Jahre alten aber hochaktuellen **Gedanken Immanuel Kants zum Frieden und zur Vermeidung von Kriegen** wollen wir an dieser Stelle ins Gedächtnis rufen. In unserer Zeit ist zwar viel von "Friedenspolitik" die Rede, aber es muss festgehalten werden, dass wir uns in jeder Beziehung von dem Geist einer echten Friedenspolitik entfernen. Was wäre das für ein Europa, wenn alle Staaten das Konzept der immerwährenden Neutralität übernähmen? Auch in unserer Bundesverfassung ist das Bekenntnis zur **bewaffneten Neutralität als Friedenssicherung** klar formuliert! Wir bräuchten nichts anderes, als **unsere Verfassung wieder zur Grundlage der Politik zu machen.**

Immanuel Kant: Zum ewigen Frieden - Ein philosophischer Entwurf (1795)

"Stehende Heere (miles perpetuas) sollen mit der Zeit ganz aufhören."

Denn sie bedrohen andere Staaten unaufhörlich mit Krieg durch die Bereitschaft, immer dazu gerüstet zu erscheinen; reizen diese an, sich einander in Menge der Gerüsteten, die keine Grenzen kennt, zu übertreffen, und indem durch die darauf verwandten Kosten der Friede endlich noch drückender wird als ein kurzer Krieg, so sind sie selbst Ursache von Angriffskriegen, um diese Last los zu werden; wozu kommt, dass, zum Töten oder getötet zu werden in Sold genommen zu sein, einen Gebrauch von Menschen als bloßen Maschinen und Werkzeugen in der Hand eines andern (des Staats) zu enthalten scheint, der sich nicht wohl mit dem Rechte der Menschheit in unserer eigenen Person vereinigen lässt. Ganz anders ist es mit der freiwilligen periodisch vorgenommenen Übung der Staatsbürger in Waffen bewandt, sich und ihr Vaterland dadurch gegen Angriffe von außen zu sichern. - Mit der Anhäufung eines Schatzes würde es ebenso gehen, dass er, von andern Staaten als Bedrohung mit Krieg angesehen, zu zuvorkommenden Angriffen nötigte (weil unter den drei Mächten, der Heeresmacht, der Bundesmacht und der Geldmacht, die letztere wohl das zuverlässigste Kriegswerkzeug sein dürfte), wenn nicht die Schwierigkeit, die Größe desselben zu erforschen, dem entgegenstände.

Immanuel Kant: Zum ewigen Frieden. - Stuttgart; Reclam Universal-Bibliothek, 1984.

Aus dem Anhang

[...I Das Recht des Menschen muss heilig gehalten werden, der herrschenden Gewalt mag es auch noch so große Aufopferung kosten. Man kann hier nicht halbieren und das Mittelding eines pragmatisch bedingten Rechts (zwischen Recht und Nutzen) aussinnen, sondern alle Politik muss ihre Knie vor dem Ersteren beugen, kann dafür hoffen, obzwar langsam, zu der Stufe zu gelangen, wo sie beharrlich glänzen wird.

Immanuel Kant: Zum ewigen Frieden. - Stuttgart: Reclam Universal-Bibliothek, 1984.

Zusammengefasst erkennt Kant, dass Militarisierung und Aufrüstung immer zum Krieg führen werden, abgesehen von der freiwilligen periodisch vorgenommenen Übung der Staatsbürger in Waffen, um sich und ihr Vaterland dadurch gegen Angriffe von außen zu sichern. Das sollte die Antwort auf die Diskussion um die Abschaffung der Wehrpflicht und Einführung eines Berufsheeres sein.

Die von Kant beschriebene Geldmacht ist auch heute die treibende Kraft hinter dieser Entwicklung auf der ganzen Welt. Diese neuen Mächte, die Großkapitalisten bzw. Hochfinanz, haben reges Interesse an der heutigen neoliberalen Entwicklung, der nur auf Gewinnmaximierung orientierten Ausrichtung der global und grenzenlos agierenden Konzerne und Großbanken, ohne Rücksicht auf daraus folgende Arbeitslosigkeit, Armut, Hunger bis zu Lohnsklaverei in den Entwicklungs- u. Schwellenländern. Auch bei uns, in der so genannten 1. Welt werden soziale Netze abgebaut. Wird dieses Ausbeutersystem nicht von allen Staaten hingenommen, schreitet dann das Militär ein? Immer mehr geschäftstüchtige, skrupellose Zeit genossen haben erkannt, dass sich mit Kriegen und allen Folgeerscheinungen maximale Gewinne erzielen lassen.

In der globalisierten Welt übernehmen private Militär- und Sicherheitsunternehmen (internationale Konzerne) immer mehr öffentliche Aufgaben, die Zentralbereiche staatlicher Gewaltmonopole betreffen.² Solche **private Firmen** schließen also Verträge mit den Staaten, mit Regierungen und mit internationalen Organisationen. Rolf Uesseler beschreibt den **neuen Typus eines Söldners**, der sich in solchen Unternehmen bürgerlichen Rechts zusammenschließt.³

¹Aber auch folgendes Szenario wäre möglich, wenn man einem hochrangigen österreichischen Offizier, der nicht genannt werden will, folgt: Im Kaukasus bricht Krieg aus, die Energieversorgung Europas steht auf dem Spiel, Öl- oder Gasterminals müssen gesichert werden – und die EU schickt die Battle Group los. Was nichts anderes bedeuten würde, als dass Europa seine politischen und wirtschaftlichen Interessen mit militärischen Mitteln durchsetzt. http://www.profil.at/articles/1039/560/279909_s1/manoeverbericht-oesterreich-soldaten-eu-battle-group ²http://www.kriegsreisende.de/wieder/sandline.htm

³Uesseler, Rolf: Neue Kriege, neue Söldner. Private Militärfirmen und globale Interventionsstrategien. Aus: Blätter für deutsche und internationale Politik. Jg. 50, Heft 3, S. 323-333.

Nr. 10 / Dezember 2010 Bürgerbrief S. 7

Private Armeen werben also mit guter Bezahlung ihr Personal vor allem aus regulären Armeen, besonders von Spezialeinheiten. Die Höhe des Gehaltes richtet sich dabei nach der Gefahrenklasse der Tätigkeit. Verkauft wird alles: von der gesamten Logistik bishin zum Sicherheitssektor und Kampfeinsatz.

Immer wieder betonen unsere Politiker quer durch alle Parteien, dass alle Reformen des Bundesheeres bis dato mit der Neutralität vereinbar sind. Viele erinnem sich noch an den Ankauf der Eurofighter. Und viele haben gewusst, dass sie niemals dazu gedacht waren, die Neutralität zu sichern. Ganz im Gegenteil: Die NATO-Kompatibilität wurde damit hergestellt und seither gibt es eine **dauerhafte Stationierung amerikanischer Militärs in Österreich.** Am Balkan übernimmt das Österreichische Bundesheer eine Führungsrolle bei der **EUFOR** (*European Union Force*), um der **neoliberalen Wirtschaft den Weg zu ebnen**. Für konkrete **Kampfeinsätze** gibt es nun die **EU-Battle-Groups**, sie stehen seit 2007 abrufbereit. Ab Neujahr kann das Österreichische Bundesheer in Kriegsund Krisengebiete geschickt werden.⁵ "Wenn wir trainieren, freuen wir uns auf den Einsatz", sagt General van der Laan. "Ich kann mir durchaus vorstellen, dass ich enttäuscht wäre, wenn unsere Battle Group im nächsten Jahr gar nicht aus der Kaserne herauskommt."

Haben die Verantwortlichen aus der Geschichte nichts gelernt oder wollen sie nicht die Wahrheit hören? Wir sind wieder dort angelangt, wo militärische Ausrichtung bloß Werkzeug der Kriegswirtschaft ist und diese von Zeit zu Zeit direkt den Krieg braucht, um ihre Berechtigung zu demonstrieren. Es hat seinen Reiz für Soldaten auch endlich zum Einsatz zu kommen. Wie nahe sind wir also wieder der Kriegstreiberei gekommen und es sind auch Angriffskriege, für die die Soldaten ausgebildet werden, unter welchen "Missionsnamen" sie heute auch immer laufen und dazu gehört auch das Töten und die Bereitschaft getötet zu werden.

Ein Berufssoldat hat weniger moralische Bedenken und wird Befehle ausführen, die über die Landesverteidigung hinausgehen. Wenn der Wehrpflichtige in seiner Grundhaltung neutral ist, die "verfassungsmäßigen Einrichtungen [seines Landes] und ihre Handlungsfähigkeit sowie die demokratischen Freiheiten der Einwohner vor gewaltsamen Angriffen von außen zu schützen und zu verteidigen" (siehe unten) gelobt, dann wird dieser immer Mensch und Land verteidigen, wird sich solidarisch fühlen mit seinen Mitmenschen und vor allem niemals gegen sie vorgehen! Daher ist die Neutralität die logische Konsequenz für einen echten Weltfrieden.

Im Folgenden ein Auszug aus dem Bundesverfassungsgesetz über die Neutralität Österreichs.

- (1) Zum Zwecke der dauernden Behauptung seiner Unabhängigkeit nach außen und zum Zwecke der Unverletzlichkeit seines Gebietes erklärt Österreich aus freien Stücken seine immerwährende Neutralität. Österreich wird diese mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln aufrechterhalten und verteidigen.
- (2) Österreich wird zur Sicherung dieser Zwecke in aller Zukunft keinen militärischen Bündnissen beitreten und die Errichtung militärischer Stützpunkte fremder Staaten auf seinem Gebiete nicht zulassen.

Auszug aus dem Artikel 9a der österreichischen Bundesverfassung:

- (1) Österreich bekennt sich zur umfassenden Landesverteidigung. Ihre Aufgabe ist es, die Unabhängigkeit nach außen sowie die Unverletzlichkeit und Einheit des Bundesgebietes zu bewahren, insbesondere zur Aufrechterhaltung und Verteidigung der immerwährenden Neutralität. Hiebei sind auch die verfassungsmäßigen Einrichtungen und ihre Handlungsfähigkeit sowie die demokratischen Freiheiten der Einwohner vor gewaltsamen Angriffen von außen zu schützen und zu verteidigen.
- (2) Zur umfassenden Landesverteidigung gehören die militärische, die geistige, die zivile und die wirtschaftliche Landesverteidigung.
- (3) Jeder männliche österreichische Staatsbürger ist wehrpflichtig. Staatsbürgerinnen können freiwillig Dienst im Bundesheer als Soldatinnen leisten und haben das Recht, diesen Dienst zu beenden.
- (4) Wer die Erfüllung der Wehrpflicht aus Gewissensgründen verweigert und hievon befreit wird, hat die Pflicht, einen Ersatzdienst (Zivildienst) zu leisten.

⁴ http://www.zeit-fragen.ch/ausgaben/2007/nr32-vom-13-august-2007/neue-militaerflugzeuge-fuer-oesterreich/

⁵ http://www.profil.at/articles/1039/560/279909_s1/manoeverbericht-oesterreich-soldaten-eu-battle-group

⁶ ebenda

Bürgerbrief S. 8 Nr. 10 / Dezember 2010

Wie sich die Industrie ihre "Volksbewegung" macht – am Beispiel der US-amerikanischen "Tea Party"

Man kann am derzeitigen Präsidenten der USA sicherlich Vieles kritisieren, sei es die Ausweitung des Krieges in Afghanistan, sein Herum-Lavieren in der Palästinafrage – oder auch innenpolitische Schwächen. Das lässt es auf den ersten Blick irgendwie "natürlich" erscheinen, dass sich in den Vereinigten Staaten eine Bewegung gebildet hat, deren vorrangiges Ziel es zu sein scheint, die Unzufriedenheit mit Stil und Politik Obamas lautstark auszudrücken und auf seine Demontage und schlussendlich Abwahl hinzuarbeiten.

Aber, wie gesagt, "scheint".

Denn, verfolgt man gut recherchierte internationale Medienberichte (z.B. Guardian, 26. 10. 2010, G. Monbiot: *The Tea Party movement: deluded and inspired by billionaires*), so wird schnell klar, wie es wirklich um die "Volksbewegung" *Tea Party* bestellt ist. Monbiot bezeichnet sie als das größte "Kunstrasen"-Unternehmen (astroturf operation) der Geschichte. Als "astroturfs" werden im englischen Sprachraum Unternehmungen bezeichnet, die sich als sogenannte Graswurzel-Bewegungen tarnen , die in Wirklichkeit aber von elitären Einzel-Interessen gesteuert sind.

Für die Gebrüder Koch, Multi-Milliardäre und 84%-Eigner des zweitgrößten amerikanischen Privat-Unternehmens, ist Präsident Obama offenbar ein unzuverlässiger Partner. Ihr Firmen-Imperium *Koch Industries* ist u.a. im Öl-, Kohle-, Holz- und Pharma-Geschäft tätig. Der Jahresumsatz beträgt etwa 100 Milliarden Dollar (!). Was sie wollen, ist klar: Weniger Steuern bezahlen, weniger Regulierungen beachten und mehr Profit machen. Dafür leisten sie sich so genannte "Think Tanks" und mittlerweile eben auch eine "Volksbewegung".

Zunächst versuchten Charles und David Koch zwar, jede Verbindung zur Tea Party zu bestreiten. Seit der Veröffentlichung des Enthüllungsfilms "(Astro)Turf Wars" (künstliche Graswurzelbewegungen) von Taki Oldham ist dies aber nicht mehr möglich. Das Dokumentarmaterial enthält unter anderem eine Versammlung des Koch-Think Tanks AFP (Americans for Prosperity / Amerikaner für mehr Wohlstand), auf der sich ein stolzer David Koch rühmt, mit seinen Geldern und seinen Vorfeld-Organisationen die Tea-Party-Bewegung systematisch aufgebaut zu haben.

Zu den von den Koch-Brüdern finanzierten Organisationen gehören unter anderem das Cato-Institut (die erste Denkfabrik zur Propagierung des Freien Marktes) oder das Mercatus Centre an der George Mason-Universität, dessen Rolle heute durchaus mit der verglichen werden kann, die die Wirtschaftsabteilung der Universität Chicago ursprünglich für die Verbreitung extrem neoliberaler Ideen gespielt hat.

"Astroturfs", künstliche Graswurzelbewegungen, spielen auch in Europa eine immer größere Rolle. Industrie und Superreiche versuchen derzeit auch bei uns, die Politik zu bestimmen, meistens aber verkleidet in einem demokratischen Mäntelchen. Jeder, dem Demokratie ein Anliegen ist, sollte diesbezüglich wachsam sein, und sich kein X für ein U vormachen lassen. Nur wenn uns wir, die Bürger nicht länger hinters Licht führen lassen, kann der fortschreitende Demokratie-Abbau gestoppt werden.

Links:

http://www.monbiot.com/archives/2010/10/25/toxic-brew/http://astroturfwars.org/

Buchankündigung – Sachbuch zum EU-Austritt

"Das vorliegende Werk ist ein wichtiger Beitrag zum Verständnis der Europäischen Union, und damit auch der Politik in den Mitgliedstaaten der EU. Es zeigt anhand der einzelnen Artikel des EU-Vertrages, wie darin allgemein anerkannte Grundlagen der Demokratie so ausgehebelt werden, dass es einem Staatsstreich gleichkommt. … Es beschreibt, wie die Entscheidungen gefällt werden und Gesetze entstehen. Dabei beleuchtet es auch den Einfluss der Lobbygruppen, von denen einige freien Zugang zu den Einrichtungen der EU haben."

Zitiert aus dem Vorwort von Prof. Dr. Klaus Buchner

Für jeden einzelnen Menschen ist es wichtig - vor allem in politisch unsicheren Zeiten - sich zu informieren, welche Gründe dafür verantwortlich sind. Vor allem dann, wenn es den elementaren Grundrechten der Menschen an den Kragen geht, wenn die Menschen zu einem Untertanen-Dasein degradiert werden. Karin Kolland zeigt in ihrem Buch *EU-Austritt, denn Freiheit ist mein Bürgerrecht* die philosophischen und politischen Bewegungen auf, die Europa vom Absolutismus befreiten.

Bitte vor dem Ausfüllen kopieren und weiterverbreiten! Die Unterschrift erst vor dem Beamten leisten (ist Vorschrift).

Amtlichen Lichtbildausweis mitnehmen.

Bitte dieses Feld für Prüfvermerke der Bundeswahlbehörde freihalten!							

Unterstützungserklärung

Der (Die) Gefertigte unterstützt hiermit den Antrag auf Einleitung des Verfahrens für ein Volksbegehren betreffend folgende, durch Bundesgesetz zu regelnde Angelegenheit:

[Volksbegehren] [Allfällige Kurzbezeichnung]				
AUSTRITT	EU-AUSTRITTS-VOLKSBEGEHREN			
aus der Europäisch	nen Union			
Vor- und Familienname des (der) Unterstützungswillige	n			
Stark um Bereich von Willigen au willigen au	Geburtsdatum (Tag, Monat, Jahr)			
Raum für allfällige gerichtliche oder notarielle Beglaubigung der nebenstehenden Unterschrift	Eigenhändige Unterschrift			

Bestätigung der Gemeinde

Die nachstehende Gemeinde bestätigt, dass der (die) Unterstützungswillige in der Wählerevidenz eingetragen ist und das 16. Lebensjahr vollendet hat und in dieser Gemeinde den Hauptwohnsitz hat.

	Gemeinde						
n der llen n)!							
sich vo Iszufü (reuze)	Politischer Bezirk, Verwaltungsbezirk, Statu Wiener Gemeindebezirk	utarstadt,	Land			ggf. Sprengel Nr.	
՝ Bere de au anzuk	D						
ter Jör S 8	Die eigenhändige Unterschrift auf der Unterstützungserklärung						
umrande sindebek reffende	wurde vor der Gemeindebehörde geleistet.		war gerichtlich beglaubigt.			war notariell beglaubigt.	
Zut Zut	Datum (Tag, Monat, Jahr)	Gemeind	esiegel	Unterschrift			
Star Ge (,							

Bitte nach Bestätigung durch Gemeinde/Magistrat dieses Original einsenden an Initiative für mehr direkte Demokratie, PF 21, 1108 Wien

(Zusendung per Fax oder E-Mail wird aus rechtlichen Gründen leider nicht anerkannt.)

Überparteiliches Volksbegehren für den AUSTRITT aus der EU zur Rettung der Lebensgrundlagen Österreichs

Volkswirtschaft

Heimische Betriebe mit einem Bezug zur Bevölkerung haben in einem übernationalen System immer weniger Chancen. Durch die EU-Mitgliedschaft kann Österreich keine Handelsverträge (die zum Schutz der Volkswirtschaft notwendig sind) mehr abschließen; die gesamte Handelspolitik ist "ausschließlich Angelegenheit der EU-Zentralstellen". Eine echte Alternative zur EU ist die EFTA. Heute gibt es vier Mitgliedsstaaten: die Schweiz, Norwegen, Island und das Fürstentum Liechtenstein. Sie haben Abkommen mit den mittel- osteuropäischen Ländern, den Mittelmeerstaaten, aber auch mit den südamerikanischen und asiatischen Ländem. Die EFTA strebte nie einen politischen Staatenbund an und war strikte gegen das Prinzip der Supranationalität, im Gegensatz zur EU. Die Mitgliedsstaaten vereinbarten einen stufenweisen Abbau der Zölle auf Industrieprodukte, ohne dabei ihre Souveränität aufzugeben. Die EFTA wollte nie einen gemeinsamen Markt etablieren, sondern nur den Freihandel regulieren - auf der Basis des Handels unter fairen Bedingungen der Konkurrenz. Jeder Staat hat seine eigenen Zolltarife gegenüber Drittländern und seine eigene Wirtschaft- und Währungspolitik. Die Landwirtschaft und der Arbeitsmarkt sind vom Freihandel ausgenommen. Für die Schweiz hat die EFTA eine besondere Bedeutung, da sie der Sicherheit der Selbstversorgung sorgt und es möglich macht, über den eigenen Ernährungsbedarf selbst entscheiden zu können. Ein Weg, den auch Österreich (wieder) gehen sollte.

Sozialstaat

Das oberste Prinzip der EU, die so genannten,,Freiheiten des MARKTES", nämlich die uneingeschränkte, grenzenlose Warenverkehrsfreiheit, Niederlassungsfreiheit, Dienstleistungsfreiheit und Arbeitnehmerfreizügigkeit, sowie – am wichtigsten für die Konzerne - die Kapitalverkehrsfreiheit, ermöglichen eine auf Profitmaximierung ausgerichtete Politik, die den meisten Menschen enorm schadet und europäischen Gerichtshof (EUGH) seit Jahrzehnten rigoros durchgesetzt wird. Für Sozialpolitik war und ist darin kein Platz. Steigende Arbeitslosigkeit, real sinkende Pensionen und immer größer werdende Kluft zwischen Arm und Reich belegen dies.

Neutralität

Neutralität bedeutet, dass der neutrale Staat eine eigene Außenpolitik betreibt (so wie die Schweiz), die sich strikt von jedem Militärpakt fernhält und damit dem Frieden dient. Durch die EURO-Armee jedoch, an der auch Österreich beteiligt ist, ist die EU selbst ein Militärpakt. Dazu kommt ihre starke Nähe zur NATO; der Großteil der EU-Staaten ist auch NATO-Mitglied, vor allem die großen EU-Staaten. Im neuen "sicherheitspolitischen Konzept" der österreichischen Bundesregierung wird demnach auch eine stärkere Einbettung Österreichs in internationale "Sicherheits-Strukturen" vorgesehen und eine Betonung der NATO sowie der Beistandspflicht und der Teilnahme an Kampfeinsätzen. Der Vertrag von Lissabon verpflichtet uns zur ständigen Verbesserung der militärischen Fähigkeiten (Aufrüstungsverpflichtung) und gegebenenfalls zu Kampfeinsätzen, die auch Missionen "zur Bekämpfung des Terrorismus" sein können. Die Terrorismusbekämpfung gestaltet sich gegebenenfalls zu Angriffskriegen auf der ganzen Welt.

Gentechnikfreiheit

Aufgrund der vorgeschriebenen "grenzenlosen Marktfreiheiten" ist es einem EU-Mitglied nicht möglich, Importe von genmanipulierten Futtermitteln, "Industriekartoffeln" oder Fertigprodukten mit genmanipulierten Inhaltsstoffen zu verhindern. Diese kommen damit in den Nahrungskreislauf, selbst wenn in Österreich kein genmanipuliertes Saatgut angebaut wird. Zu verhindern ist dies nur, wenn Österreich seine Lebensmittelgesetze wieder selbst bestimmen und an den Grenzen kontrollieren kann, was importiert wird.

Eigene Währung

Die Internationalisierung der Landeswährungen funktioniert nicht und ist ein wesentlicher Mitverursacher der gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftsprobleme. Die Übernahme der Defizite von finanzinstabilen Ländern durch finanzstabile, die Grundlage des EURO, macht alles nur noch schlimmer. Bei einem Austritt aus der EU könnte Öster-

reich wieder seine eigene Währung aufbauen und damit auch der Teuerung entgegenwirken.

Landwirtschaft

Die EU zwingt uns eine industrielle Lebensmittelproduktion in Großbetrieben auf und vernichtet unsere kleinräumigen, auf Familienbetrieben aufbauenden Strukturen, die auf regionale Bedürfnisse von Natur, Mensch und Tier Rücksicht nehmen können. Die Bauern befinden sich in Abhängigkeit vom globalen Marktpreis und den EU-Förderungen. Selbst bei gutem Willen sind unsere Politiker und Bauernvertreter innerhalb des EU-Gefüges dem gegenüber völlig hilflos. Aktuelles Beispiel: Schließung vieler Schlachträume, weil die Auflagen der EU eine Weiterführung verunmöglichen. Dies betrifft nicht nur bäuerliche, sondern auch gewerbliche Unternehmen.

So können Sie das Volksbegehren unterstützen:

- 1. Mit der umseitigen Unterstützungs-Erklärung und einem amtlichen Lichtbildausweis (Pass, Personalausweis, Führerschein) zu den üblichen Parteienverkehrszeiten in das Gemeindeamt bzw. Magistrat Ihres Hauptwohnsitzes gehen.
- 2. Dort die mitgebrachte Unterstützungs-Erklärung vor dem Beamten unterschreiben und nach erfolgter Bestätigung durch die Behörde die Unterstützungserklärung wieder umgehend an uns retour senden.

Zur gültigen Unterzeichnung von Volksbegehren sind alle österreichischen Staatsbürger berechtigt, die das 16. Lebensjahr vollendet haben. Jedes Volksbegehren darf nur einmal unterschrieben werden. Sobald mindestens 8.032 (ein Promille der Gesamtbevölkerung) gültige Unterstützungs-Erklärungen vorliegen, wird vom Innenministerium die sogenannte öffentliche Eintragungswoche, das eigentliche Volksbegehren, in ganz Österreich anberaumt.

Der überparteilichen Plattform EU-Austritt gehört auch die **Initiative für mehr direkte Demokratie** an.

Kontakt: Tel.: 0650 7362200, E-Mail: helmutschramm@gmx.at Gründlich führt sie anhand rechtswissenschaftlicher Grundlagen zeitgenössischer Rechtsphilosophen und Experten an, wo Freiheit und Recht den Menschen heute wieder entzogen werden. (Besonders die fachlich-wissenschaftlichen Erkenntnisse von Prof. Schachtschneider fließen ein.) Welche Rolle die Europäische Union dabei spielt und welche Machenschaften agieren, da nimmt sich die Autorin kein Blatt vor den Mund.

Am 26. November 2010 präsentierte die Autorin im Palais Schönborn ihr Werk sehr eindrucksvoll. Der Saal war bis auf dem letzten Platz besetzt und Gäste spürten den Geist der Aufklärung: "Die Freiheit eines Menschen endet da, wo die Freiheit eines anderen Menschen beginnt, denn die Gleichheit aller in der Freiheit ist die politische Grundentscheidung, die im Rechtsstaat Verwirklichung findet." "Was Recht ist, bestimmt die Gemeinschaft und sie sucht nach einem Ideal, dem möglichst viele Menschen zustimmen können." "Das gemeinsame Ideal ist das Sittengesetz einer Kultur, die durch den Rechtsstaat verwirklicht werden muss." Solche Sätze der Autorin fesselten das Publikum.

Es ist quasi die Pflicht eines mündigen Bürgers, sich seiner Verantwortung bewusst zu werden und sich für eine freie Gesellschaft einzusetzen, in der die Selbstbestimmung, Selbsthilfe und Selbstverantwortung der Menschen die Freiheit sichern soll.

Nach Fr. Kolland ist folgendes zu tun:

Das EU-Austritts Volksbegehren zu unterstützen - Mut zum eigenen Willen.

Bürgerklagen - Mut zum eigenen Recht Mut zur direkten Bürgerdemokratie und eigenen Größe

EU-Austritt, denn Freiheit ist mein Bürgerrecht von Karin E.J. Kolland ISBN 978-3-902383-27-3 macht das Thema für die breite Bevölkerung viel besser zugänglich und begreifbar. Das ist ein großes Verdienst bei dieser so schwierigen Materie!

Spendenaufruf:

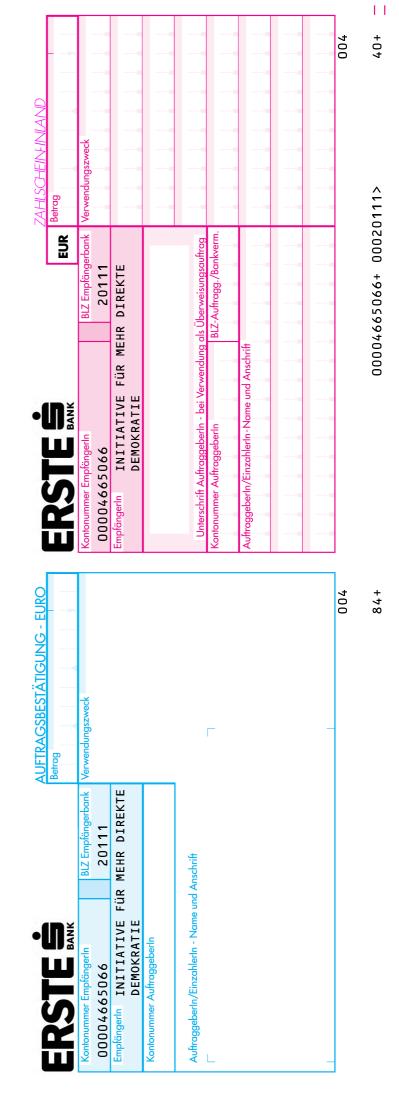
Wie in dieser Ausgabe des Bürgerbriefes in der Einleitung erwähnt wurde, ist es von großer Bedeutung, dass dieses Volksbegehren erfolgreich wird. Es ist nicht unwesentlich davon abhängig, wie viel Spenden und Hilfe wir von den Lesern bekommen. Wir haben Freude an dieser Arbeit und Widerstand zu leisten ist ja auch eine Bürgerpflicht. Bis jetzt sind etwa 3 000 amtlich beglaubigte Unterstützungserklärungen gesammelt und es müssen etwa 9 000 werden! Damit wir das sicher erreichen, werden wir mit Notaren arbeiten, um Ihre Unterschrift direkt vor Ort beglaubigen lassen zu können, damit Sie nicht auf das Magistrat oder Gemeindeamt gehen müssen. Das erhöht natürlich auch die Spesen. Wir möchten an Sie appellieren, das Volksbegehren bekannt zu machen, Mitmenschen anzusprechen, an den Informationsständen mitzuhelfen oder /und auch für diese Sache zu spenden. Sie ist es wert! Wenn Sie Vorschläge haben, wie wir noch mehr Menschen erreichen, dann freuen wir uns sehr, von Ihnen zu hören.

Wir bedanken uns herzlich bei allen, die uns mit einer Spende unterstützt haben. Jeder auch noch so kleine Beitrag sichert die Ausgabe des nächsten Bürgerbriefes! Ohne Ihre Spende ist eine Bürgerinitiative nicht möglich. Übernehmen wir gemeinsam für die Sicherheit des Staates als Gemeinwesen Verantwortung!

Bankverbindung:

Erste Bank: Konto: 00004665066, Bankleitzahl 20111

BIC: GIBAATWWXXX IBAN: AT12 2011 1000 0466 5066



Bitte dieses Feld nicht beschriften und nicht bestempeln! Die gesamte Rückseite ist von Bedruckung oder Beschriftung freizuhalte